

Beschluss-(Resolutions-)antrag

9
AN

der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Christine MAREK, Ing. Mag. Bernhard DWORAK (ÖVP), Mag. Thomas REINDL, Ernst WOLLER (SPÖ) und Birgit HEBEIN und Mag. Klaus Werner LOBO (GRÜNE), sowie Mag. Gerald EBINGER und Univ.-Prof. Dr. Peter FRIGO (FPÖ), eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 29.04.2011 zu Post 20 der Tagesordnung

betreffend Prüfung der Kunsthalle Wien durch das Kontrollamt

Ausgangspunkt waren Medienberichte in verschiedenen Tageszeitungen vom 11. April 2011, in denen schwere Vorwürfe gegen den Direktor der Kunsthalle Wien Gerald Matt erhoben wurden. Unter anderem soll er Mitarbeiter der Kunsthalle zum Schaden der Steuerzahler für private Projekte eingesetzt haben und Ihnen erst nachträglich, nachdem von Medien Recherchen diesbezüglich unternommen wurden, rückdatierte Werksverträge für diese Tätigkeit zur Unterschrift vorgelegt haben.

Die Aussagen verschiedener beteiligter Personen lassen erkennen, dass die Rechtfertigungen von Direktor Gerald Matt in dieser Angelegenheit durchaus Zweifel an der Korrektheit der Vorgehensweise hervorrufen. So hat Direktor Gerald Matt im Profil vom 11.4.2011 angegeben, dass „... ein sehr genaues Zeiterfassungssystem existiere, das exakt jene Zeiten aufzeichnete, in denen sich Kunsthallen-Mitarbeiter der Publikation widmeten...“. Gleichzeitig erklärte die Geschäftsführerin der Kunsthalle Wien Bettina Leidl in den Salzburger Nachrichten vom 11.4.2011 aber, „... dass es zwar in der Kunsthalle Wien ein Zeiterfassungssystem gebe, doch nicht so wie der Herr Direktor zitiert wurde. Damit werde nur die Anwesenheit der Mitarbeiter festgehalten, jedoch werde die Arbeitszeit nicht auf unterschiedliche Projekte zugewiesen. Sollte ein Mitarbeiter in seiner regulären Dienstzeit für das Buch „Österreichs Kunst der 60er Jahre“ gearbeitet haben, „wird das nicht extra ausgewiesen“, sondern „das wird von der Kunsthalle getragen“.

Weiters hat der Vorstand der Kunsthalle in einer Aussendung vom 11.4.2011 festgehalten, dass „... Sowohl die Ausstellungen im Parlament, als auch das Buchprojekt „Gespräche“ vom Vorstand der Kunsthalle Wien von Anfang an begrüßt...“ wurden „...und als Kooperationsprojekt zwischen österreichischem Parlament und der Kunsthalle Wien erachtet und durchgeführt, dies wurde sogar eigens im Vorstandsprotokoll vom 2.7.2009 festgehalten.“ Dies steht im Widerspruch zu der Aussage des Leiters der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments Gottfried Marckhgott. Dieser beteuerte in einem Interview der Salzburger Nachrichten vom 12.4.2011, dass für Kosten des Buchs 32.500 Euro und als Honorar für Gerald Matt 15.000 Euro zugesagt worden seien und bereits überwiesen wurden. Der Vertragspartner des Parlaments sei Gerald Matt und nicht die Kunsthalle.

In diesem Zusammenhang sind auch weitere Vorwürfe aufgetaucht, dass ein Verlag, der für die Ausstellungen auch die Kataloge produziert, ein privates Buchprojekt von Gerald Matt gemeinsam mit einer Mitarbeiterin der Kunsthalle produziert.

Die Vorwürfe, die in diesem Zusammenhang erhoben werden, sind derart schwerwiegend, dass eine objektive Aufklärung der Angelegenheit dringend geboten scheint. Mit mehr als 4 Millionen Euro hat die Stadt Wien als größter Subventionsgeber der Kunsthalle Wien, außerdem die besondere Pflicht auf die widmungsgemäße Verwendung der Subventionsmittel zu achten.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Das Kontrollamt möge die Gebarung betreffend die Verwendung von Subventionsmittel in der Kunsthalle Wien sowie den Einsatz des Personals der Kunsthalle Wien für private Projekte des Direktors Gerald Matt für den Zeitraum seit der letzten Kontrollamtsprüfung (Bericht KA - K-20/02) bis 2011 einer Prüfung unterziehen (umfassende Gebarungsprüfung). Insbesondere solle untersucht werden, ob durch Subventionsmittel der Stadt Wien zur Verfügung gestellte Ressourcen nicht für private Projekte einer missbräuchlichen Verwendung zugeführt wurden.

1. Es möge unter anderem geprüft werden, ob und in welchem Ausmaß die Ressourcen der Kunsthalle Wien für private Projekte, bei denen Direktor Gerald Matt oder andere führende

MitarbeiterInnen Auftragnehmer für Kunst- und/oder Kulturprojekte waren und dafür auch persönlich Honorare erhalten haben, eingesetzt wurden.

2. Es möge in diesem Zusammenhang auch überprüft werden, inwieweit die Inanspruchnahme von personellen Ressourcen oder Sachressourcen der Kunsthalle Wien für private Projekte des Direktors oder führender Mitarbeiter durch den Vorstand des Vereins der Kunsthalle Wien genehmigt wurde und ob diese Projekte dem Vorstand als offizielle Projekte der Kunsthalle Wien vermittelt und in Folge auch genehmigt wurden, obwohl diese, auch durch die Bezahlung persönlicher Honorare durch den Auftraggeber, nicht als solche anzusehen gewesen wären.
3. Weiters solle noch überprüft werden, ob die im Jahre 2003 durch das Kontrollamt empfohlene Vorgehensweise betr. das Mitspracherecht des Subventionsgebers Stadt Wien bezüglich der Bestellung und der Dienstvertragsgestaltung des Generalsekretärs und weiterer führender Angestellter des Vereins Kunsthalle Wien nunmehr gewährleistet ist und ob eine Umwandlung des Vereins in eine gemeinnützige Ges.m.b.H. bzw. eine andere Rechtsform nicht geeigneter wäre, um dieses Mitspracherecht der Stadt Wien zu garantieren.
4. Schließlich solle ebenso überprüft werden, ob es finanzielle Verflechtungen zwischen Auftragnehmern der Kunsthalle Wien mit daraus resultierenden Vorteilsnahmen von führenden MitarbeiterInnen sowie dem Direktor Gerald Matt existieren und ob es Quersubventionierungen zwischen der bei der Kunsthalle Wien angesiedelten „Kunst im öffentlichen Raum GmbH“ (KÖR) und dem Verein Kunsthalle Wien gibt.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, 29.04.2011

Ulrich Wanka-Lobo
Christine Wanka
Gerald Lobo
Gerald Lobo
Gerald Lobo
Gerald Lobo
Gerald Lobo

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Eing.: 29. APR. 2011
PGL-01828-2011/000118/AT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtseriat